



18. Wahlperiode

Drucksache 18/2284

HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend kein Wortbruch der Landesregierung bei der Umsetzung der Verordnung über die Mindestvoraussetzung in Kindertagesstätten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt mit großem Bedauern fest, dass die Landesregierung ihr Wort bei der Finanzierung der Verordnung für Mindestvoraussetzungen in Kindertagesstätten bricht. Die Landesregierung will trotz mehrfach -und über 16 Monate- wiederholter Versprechen nicht allen Kommunen ihre Mehrkosten für Mehrpersonal erstatten, sondern nur denjenigen, die dies nach dem 30.12.2008 getan haben.
2. Der Landtag stellt fest, dass dieses Verfahren eine eklatante Benachteiligung für alle Kommunen bedeutet, die bereits in die Verbesserung der Standards in der frühkindlichen Bildung investiert haben. Die Landesregierung würde damit dauerhaft die Kommunen bestrafen, die frühzeitig in eine verbesserte Kinderbetreuung investiert haben.
3. Der Landtag erwartet, dass die Landesregierung keinen Wortbruch begeht und zu dem Verfahren zurückkehrt, das ursprünglich versprochen wurde.

Wiesbaden, den 27. April 2010

Der Fraktionsvorsitzende
Tarek Al-Wazir